

**Gesperrt bis zum Beginn -
Es gilt das gesprochene Wort!**

**Statement von Björn Böhning
Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit
und Soziales**

**Umsetzung Internationaler Pakt der Vereinten
Nationen über wirtschaftliche, soziale und
kulturelle Rechte
(Eingangsstatement)**

anlässlich des konstruktiven Dialogs
6. Staatenberichtsverfahren
25. September 2018 - Palais des Nations, GENF

Redezeit: 15 Minuten

1. Vorstellung und Begrüßung

2. Einführung - Bekenntnis zum Multilateralismus

3. Deutschland und die Unterstützung von WSK-Rechten international

4. Deutschland und die Umsetzung von WSK- Rechten national

- Umsetzung des UN-Sozialpaktes als Daueraufgabe
- Ratifikation Fakultativprotokoll WSK-Pakt
- Einzelthemen:
 - bezahlbarer Wohnraum und Wohnungslosigkeit
 - Pflege
 - Kinderarmut

5. Schluss

1. Vorstellung und Begrüßung

Sehr geehrte Frau Vorsitzende

[Frau Bras-Gomes, gesprochen: Brasch-Gomesch],
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für
wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte,

- erst einmal möchte ich mich Ihnen gern vorstellen:
- mein Name ist Björn Böhning, ich bin Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und leite die deutsche Delegation.
- Ich freue mich sehr, mit Ihnen heute über die Umsetzung des UN-Sozialpaktes in und durch Deutschland einen kritischen und vor allem auch einen konstruktiven Austausch führen zu können.
- Ich werde dabei unterstützt von über zwanzig Vertreterinnen und Vertretern aus anderen

Bundesministerien, Landesministerien, vom Deutschen Städtetag und anderen wichtigen Institutionen.

- Und wir hoffen sehr, dass wir Ihre vielen Fragen, die Sie sicher haben werden, auch zufriedenstellend beantworten können.
- Für Sie ein kurzer Überblick, wer heute von Seiten der Deutschen Delegation anwesend ist: Neben dem Bundesministerium für **Arbeit und Soziales** das **Auswärtige Amt**, das Bundesministerium für **Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, das Bundesministerium für **Gesundheit**, das Bundesministerium des **Innern, für Bau und Heimat** - außerdem Vertreterinnen und Vertreter der **Kultusministerkonferenz** und der **Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder** und des **Deutschen Städtetages**.

- Damit bildet unsere Delegation die für Deutschland wichtigen politischen Ebenen ab, die für die Umsetzung des UN-Sozialpaktes verantwortlich sind: nämlich der Bund, die Länder und die Kommunen.
- Ich werde leider nicht ganz bis zum Schluss anwesend sein können.
- Wir besprechen derzeit im Bundestag das Budget meines Ministeriums - und für dieses wichtige Thema muss ich heute Nacht wieder in Berlin sein.
- Ich werde daher um 17:00 Uhr zum Flughafen fahren.
- Aus meinem Ministerium wird mich dann Frau Baun, Unterabteilungsleiterin „Internationale Beschäftigungs- und Sozialpolitik“, für den Abschluss des konstruktiven Dialoges vertreten.

2. Einführung -Bekenntnis zum Multilateralismus

- Im Jahr 2011 - also vor sieben Jahren - hat der letzte konstruktive Dialog hier in Genf mit Deutschland stattgefunden.
- In der Zwischenzeit ist viel geschehen.
- Die Welt hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Und das nicht nur zum Guten.
- Wir erleben heute eine nie da gewesene **Skepsis gegenüber dem Multilateralismus** und seinen **Institutionen**. Das erfüllt uns mit großer Sorge - und da spreche ich für die gesamte Bundesregierung.
- Die Werte der Vereinten Nationen scheinen nicht mehr selbstverständlich zu sein: der Dialog auf Augenhöhe, die Suche nach gemeinsamen Lösungen und der Schutz unveräußerlicher Rechte - alles, um ein friedliches Miteinander mit klaren Regeln zu gestalten.

- Auch wenn es bei manchen Themen unterschiedliche Auffassungen gibt oder die nationale Politik nicht immer eins zu eins der internationale Perspektive und deren Erwartungen Rechnung trägt, möchte ich an dieser Stelle für **die Bundesregierung das klare Bekenntnis zum multilateralen System** zum Ausdruck bringen!
- Die Einhaltung der Menschenrechte - und damit insbesondere auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte für alle - ist keine Verhandlungssache. Wahr ist aber auch, damit sind Herausforderungen für die Nationalstaaten, für die Regierungen verbunden.
- Es gibt **nicht immer schnelle und einfache Lösungen** und manchmal auch **sehr praktische Probleme**.
- Wir haben das insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 zu spüren bekommen, als

Deutschland sehr viele Flüchtlinge aufgenommen hat.

- Gerade bei solchen besonderen Herausforderungen müssen die Menschenrechte als Maßstab und Zielsetzung von Regierungen aufrecht gehalten werden, auch wenn die Umsetzung Zeit und neue Maßnahmen benötigt.
- Es ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen, die **Errungenschaften der Vereinten Nationen und des Menschenrechtssystems entschieden zu verteidigen** und nicht aufs Spiel zu setzen.
- Digitalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel, Migration und Klimawandel machen **nicht vor nationalen Grenzen halt**. Sie unterstreichen vielmehr die Notwendigkeit internationaler Regeln und internationalen Handelns.

- Es ist uns wichtig, gerade in Zeiten von **zunehmendem Populismus und Nationalismus die Vereinten Nationen zu stärken**. Es ist uns wichtig, mit ihren Institutionen im Rahmen ihrer Aufgaben transparent und gut zusammen zu arbeiten.

3. Deutschland und die Unterstützung von WSK-Rechten international

- Deutschland sieht sich durch den UN-Sozialpakt auf zwei Handlungsebenen in der Pflicht - der internationalen ebenso wie der nationalen:
- International setzt sich Deutschland seit langem für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte ein.
- So haben wir:
 - das Mandat der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für das **Recht auf Wasser** unterstützt

- als Mitglied des **Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen** in diesem Frühjahr die **Resolution zum Recht auf Arbeit** unterstützt, die einstimmig angenommen wurde.
- **Menschenrechte** zum Leitprinzip deutscher **Entwicklungszusammenarbeit** gemacht
- Im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation ist es uns ein sehr wichtiges Anliegen, **internationale Arbeits- und Sozialstandards** umzusetzen und weiterzuentwickeln.
- Deutschland setzt sich daher zum Beispiel für verbindliche **Standards zum Schutz vor Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt** ein, die derzeit bei der Internationalen Arbeitsorganisation verhandelt werden.

4. Deutschland und Umsetzung WSK-Rechten national

Umsetzung UN-Sozialpakt als Daueraufgabe

- Auch auf nationaler Ebene ist die **Umsetzung des UN-Sozialpaktes** für Deutschland eine **Daueraufgabe**. Und der **regelmäßig stattfindende Dialog** ist für uns ausgesprochen wichtig - auch wenn man dabei als Regierung nicht nur Dinge zu hören bekommt, die man gerne hört.
- In den letzten Jahren haben wir **in Deutschland** aus meiner Sicht **vieles erreicht**.
- Wir befinden uns aber gleichzeitig in einem ständigen Lernprozess und denken über **neue Lösungsansätze** nach an den Stellen, wo wir noch nicht so erfolgreich waren, wie wir es uns wünschen.
- Das ist aus unserer Sicht **keine Schwäche**, sondern **zwingend**, weil sich die Welt in einem rasanten Tempo verändert und wir unser

politisches Handeln immer an die **neuen Gegebenheiten** anpassen müssen.

- In **anderen Staaten** werden vielleicht **Erfahrungen** gemacht, die wir in Deutschland übernehmen können oder die dazu beitragen, unsere Binnensicht kritisch zu hinterfragen.
- Als Regierung gilt es immer wieder Überlegungen anzustellen, wie wir einzelne Rechte **besser umsetzen** können.
- Dafür braucht es **politische Mehrheiten** und die Zusammenarbeit mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden.
- Ich denke, dass wir in Deutschland eine sehr ausgeprägte Kultur der Konsensfindung betreiben - mit **den Sozialpartnern** und mit der **Zivilgesellschaft**.
- Das ist ein demokratisches und oft komplexes Verfahren. Es führt aber zu stabilen Ergebnissen und Lösungen.

- Denn Sozialpartner und Zivilgesellschaft verfügen über entscheidende Expertise, sie sind Teil der Gesellschaft und können so auch Meinungsbildungsprozesse fördern und Vertrauen herstellen.
- Wir haben im Rahmen des 6. Staatenberichtsverfahren auf diese gute Zusammenarbeit gesetzt und uns mit den Sozialpartnern und Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft beim Verfassen des Staatenberichts intensiv ausgetauscht.

Nationale Umsetzung des Paktes

- Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses,
- mit Blick auf die **nationale Umsetzung der Paktrechte** lassen Sie mich zunächst auf die Ratifikation des **Fakultativprotokolls zum**

WSK-Pakt eingehen, die schon im letzten Staatenberichtsverfahren angesprochen wurde.

- Die Regierungsparteien haben sich im aktuellen **Koalitionsvertrag** darauf verständigt, die **Ratifikation des Fakultativprotokolls anzustreben**.
- Dieser politische Wille ist enorm wichtig, um die **Ratifikationsprüfung in dieser Legislaturperiode anzugehen**.
- Aber es ist **kein Selbstläufer**. Wir haben uns bei der Frage der Ratifikation des Zusatzprotokolls mit allen Ressorts der Bundesregierung, mit den 16 Bundesländern, den Sozialpartnern und sonstigen Betroffenen ins Benehmen zu setzen.
- Dabei gilt es die aktuelle Entwicklung der Sach- und Rechtslage zu berücksichtigen.
- Die **Rechtslage in Deutschland ist mit dem WSK-Pakt weitestgehend im Einklang**. Es wird aber bei dieser Prüfung darum gehen, die

aktuelle Auslegung des WSK-Paktes durch den Ausschuss mit Blick auf die in der Vergangenheit kritischeren Punkte wie zum Beispiel der Vereinbarkeit des deutschen **Streikverbots für Beamte in Deutschland** mit dem WSK-Pakt genauer zu prüfen und zu bewerten.

- Lassen Sie mich abschließend noch **drei wichtige inhaltliche Punkte** herausgreifen, die mir besonders am Herzen liegen und die auch in der Themenliste, der List of Issues, angesprochen wurden.
- Das sind Themen, die aktuell auch innenpolitisch ganz **hoch auf der Agenda** stehen:
 - Bezahlbarer Wohnraum und Wohnungslosigkeit
 - Pflege
 - Kinderarmut

Thema: bezahlbarer Wohnraum und Wohnungslosigkeit

- Das Thema bezahlbarer Wohnraum und Wohnungslosigkeit nimmt Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen in die Pflicht.
- Wir alle haben erkannt: Hier müssen wir handeln, denn Wohnen ist ein **Grundbedürfnis der Menschen**.
- Die Regierungsparteien haben sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass der Bund hier wieder mehr Verantwortung übernehmen soll.
- Vorgesehen ist eine **Grundgesetzänderung**, die es ermöglicht, den Ländern, die für die soziale Wohnraumförderung zuständig sind, **zweckgebunden Finanzhilfen** zu gewähren. Der entsprechende

Kabinettsbeschluss ist Anfang Mai gefasst worden.

- Zugleich haben die Koalitionsfraktionen vereinbart, in den Jahren **2020/2021** mindestens **zwei Milliarden Euro an Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau** bereit zu stellen.
- Der Bund, die Länder und die Kommunen sind in einem engen Austausch, um schnelle und zukunftsweisende Lösungen für die in manchen Städten sehr angespannte Wohnungssituation zu finden.
- Dass hierzu gerade erst auf **höchster Ebene - im Kanzleramt - ein Wohngipfel** stattgefunden hat, unterstreicht die Bedeutung der Wohnungsfrage und die Ernsthaftigkeit, hier zügig zu Ergebnissen zu kommen.
- Zudem enthält der Koalitionsvertrag den Auftrag, die **Mietpreisbremse** zu überprüfen und

anzupassen. Anfang September hat das **Bundeskabinett Verbesserungen** bei der Mietpreisbremse **beschlossen**.

- Der Gesetzentwurf sieht bestimmte **Informationspflichten zugunsten der Mieter** schon vor Abschluss des Mietvertrages vor, so dass Mieter beurteilen können, ob die geforderte Miete auch zulässig ist.
- Der Gesetzentwurf wird nun im Bundestag und Bundesrat behandelt.

Thema: Pflege

- Der Ausschuss hat im letzten Staatenberichtsverfahren 2011 Deutschland bereits empfohlen, die **Situation in den Pflegeeinrichtungen zu verbessern**.
- Wir haben seitdem die **Leistungen der Pflegeversicherung für die häusliche Pflege**

verdoppelt und für die stationäre Pflege um 40 % erhöht.

- Gleichzeitig hat die Bundesregierung ein **Sofortprogramm zur Kranken- und Altenpflege** vorgelegt. Das **Pflegepersonalstärkungsgesetz** befindet sich bereits im parlamentarischen Verfahren. Mit dem Gesetz werden u. a. in Pflegeeinrichtungen – voll finanziert – 13.000 neue Stellen geschaffen und auch für die Pflege im Krankenhaus zusätzliche Stellen finanziert.
- Dieses Gesetz ist aber nur **ein erster Schritt** für weitere, umfassende Verbesserungen. Der Bundesgesundheitsminister hat deshalb im Juli gemeinsam mit der Bundesfamilienministerin und dem Bundesarbeitsminister die **Konzertierte Aktion Pflege** gestartet.
- Zusammen mit den relevanten Akteuren der Pflege sollen innerhalb kürzester Zeit konkrete Maßnahmen erarbeitet werden – für mehr

Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung in der Pflege.

- Wir wollen die Rahmenbedingungen für professionelle Pflegekräfte neu gestalten. Wir wollen den Arbeitsalltag der Pflegekräfte und ihre Arbeitsbedingungen spürbar verbessern, sie durch gezielte Maßnahmen entlasten und die Ausbildung in der Pflege stärken.
- Kurzum: Wir wollen mehr Menschen für den Pflegeberuf gewinnen.

Thema: Kinderarmut

- Das Thema Kinderarmut hat beim letzten Staatenberichtsverfahren eine sehr zentrale Rolle gespielt.
- Obwohl das **deutsche Sozialsystem sehr gut entwickelt** ist, sieht sich die Bundesregierung in der Verantwortung, **zusätzliche**

Unterstützung zu leisten, um Kinderarmut zu bekämpfen.

- Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Beispiel aus dem aktuellen Koalitionsvertrag hervorheben:
- Dort ist vereinbart, dass die Bundesregierung ein konkretes „**Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut**“ auf den Weg bringen wird. Im Fokus stehen vor allem **Alleinerziehende und kinderreiche Familien**. Unter anderem soll der Kinderzuschlag erhöht und die Inanspruchnahme dieser Leistung verbessert werden, um einkommensschwache Familien zu entlasten. Außerdem sind Verbesserungen der **Leistungen für Bildung und Teilhabe** vorgesehen.

5. Schluss

Sehr geehrte Damen und Herren,

- die Umsetzung des UN-Sozialpaktes ist eine **Daueraufgabe** - wie das Leben uns immer neue Aufgaben stellt, so gilt dies auch für soziale Fragen in unserer Gesellschaft.
- Und: Es gibt, wie so oft im Leben, **unterschiedliche Lösungsansätze** - wobei der zentrale Wert, die Umsetzung der Menschenrechte, den klaren Kompass bilden muss.
- Ich freue mich nun darauf, mit Ihnen die Umsetzung des UN-Sozialpaktes in Deutschland in einem konstruktiven Dialog zu erörtern.
- Möglicherweise werden wir **nicht immer einer Meinung** sein.
- Doch sicher ist: Wir schätzen Ihre Expertise, die ganz wesentlich und grundlegend das **Nachdenken über die Lösungsmöglichkeiten** bei wichtigen Fragen bereichert und voranbringt.

- Wir freuen uns deshalb auf Ihre Einschätzungen und Ihre Fragen. Hierfür möchte ich bereits jetzt allen verehrten Mitgliedern des Ausschusses und dem Hochsekretariat danken.

